

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.06.2023

Öffentlicher Teil

**TOP . Entwicklungsbericht Personalbestand und Personalaufwand im 1. Quartal
2023**
0460/2023
Entscheidung
zur Kenntnis genommen

Herr Rudel stellt fest, dass innerhalb der Verwaltung ein demographisches Problem besteht und möchte wissen, ob sich die Verwaltung Gedanken zur Anwendung von Altersteilzeit macht.

Herr Keßen antwortet, dass die SPD-Fraktion im Vorfeld drei Fragen zum Personalbericht eingereicht hat, die über das Protokoll beantwortet werden. Die Altersteilzeit wird als Modell nach wie vor in personalwirtschaftlichen Überlegungen eingebracht. Jedoch wurde die Altersteilzeit von den Tarifparteien aus den tariflichen Regelungen gestrichen. Für Beschäftigte gibt es diese Regelung daher nicht mehr. Für Beamte besteht diese nach wie vor. Die Verwaltung prüft Modelle wie bspw. Sabbatjahre und andere. Aufgrund der aktuellen Personalsituation wird dies jedoch nur sehr einzelfallbezogen angewendet.

Beschluss:

Der Bericht zur Entwicklung von Personalbestand und Personalaufwand bei der Stadt Hagen im 1. Quartal 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

☒ Zur Kenntnis genommen

Anlage 1 2023-06-01_NachfragenSPD_TOP_I.2.3_Personalbericht_Anlage2_zum_Proto-
koll

Frage 1

Der Bericht weist für das laufende Haushaltsjahr 2023 Mehraufwendungen im Personalbereich von rund 15 Mio. Euro aus. Begründet wird diese Steigerung mit Tarifsteigerungen und erhöhten Personalbedarfen in bestimmten Fachbereichen. Auf der anderen Seite werden zum Stichtag 85 Stellen als vakant und weitere 85 Stellen als anerkannte Bedarfe ausgewiesen.

Insgesamt sind demnach 170 Stellen innerhalb der Verwaltung nicht besetzt.

Daher die Frage: Wie werden Vakanzen bei den Personalaufwendungen berücksichtigt. Sind sie bereits eingerechnet oder würden sie bei einer möglichen Besetzung die Mehraufwendungen noch einmal erhöhen?

Sowohl bei der Planung als auch bei den unterjährigen Personalkostenhochrechnungen werden vakante Stellen jeweils ab einem voraussichtlichen Besetzungszeitpunkt berücksichtigt. Der in Berichten prognostizierte Gesamtpersonalaufwand für das laufende Jahr beinhaltet damit immer auch Anteile für ausgewiesene Vakanzen, deren Besetzung im weiteren Jahresverlauf erhöht die Aufwendungen nicht zusätzlich.

Frage 2

Wie ist zu erklären, dass der kleinste Vorstandsbereich VB 1 mit 275 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die höchste Kostensteigerung erfährt?

Hier wird laut Prognose vom Plan um 27,7 Prozent und damit mit Mehrausgaben von 2,859 Mio. Euro abgewichen. Es folgt der VB 4 mit 16,1 Prozent. Es wird darum gebeten, die erwähnte Organisationsveränderung aus 2022 zwischen den Fachbereichen 1 und 2 zu erläutern und gegebenenfalls herauszurechnen, um ein einheitliches Bild zu erhalten.

Zum 01.07.2022 wurden Funktionen aus den Fachbereichen 65 (Flächen- und Umzugsmanagement) und 15 (Post, Druck, Logistik, Büromöbelbeschaffung) in einer Abteilung „Verwaltungsservice“ (11/4) zusammengeführt.

Die aus dieser Organisationsveränderung resultierenden Verschiebungen beim Plan/Prognose-Vergleich bzw. Plan/Ist-Vergleich sind ab dem dritten Quartalsbericht 2022 und im Personal- und Organisationsbericht 2022 jeweils dargestellt.

Für 2023 ergeben sich Verschiebungen in folgender Höhe:

Verschiebung Planansatz aus DHH 22/23 von FB 65 / VB 5 (Flächen- und Umzugsmanagement)

→ 200.000 Euro

Verschiebung Planansatz aus DHH 22/23 von FB 15 / VB 2 (Post, Druck, Logistik, Büromöbel)

→ 1,7 Mio. Euro

Neben diesen 1,9 Mio. Euro sind in der aktuellen Prognose außerdem weitere zusätzliche Personalbedarfe bei OB/GB, 01 ,11 (inkl. neue Azubi-Stellen) und 14 in Summe von 657.000 Euro enthalten. Der Mehraufwand aus dem TVöD-Abschluss beträgt im VB1 350.000 Euro.

Frage 3

Für den Doppelhaushalt 2024/25 stehen im Herbst die Beratungen an. Die Fachbereiche sind aufgefordert, ihre Personalbedarfe anzumelden. In welchen Bereichen gibt es bislang signifikante Abweichungen nach oben oder nach unten bei den Bedarfsanmeldungen und wie werden diese begründet?

Diese Frage kann im aktuell laufenden Planungsprozess nicht beantwortet werden. Die Haushaltsgespräche mit den Ämtern und Fachbereichen sind in den nächsten Wochen noch zu führen. Detaillierte Informationen können anschließend im Rahmen der dafür vorgesehenen Beratungsfolge der anstehenden politischen Haushalts- und Stellenplanberatungen bereitgestellt werden.